

REVOLTE

Anarchistische Zeitung

NUMMER 21 JAHRGANG II

September 2017, WIEN

erscheint monatlich

Revolte!

Revolte heißt Leben

Seit Ausbeutung und Herrschaft existieren, gibt es auch diejenigen, die sich dagegen auflehnen. Diejenigen, die wie wir nicht hinnehmen wollen, dass ihnen tagtäglich ihre Würde genommen wird. Diejenigen, denen es nicht reicht das Elend der Lohnarbeit durch Spektakel und Drogen zu betäuben. Diejenigen die nicht um Zugeständnisse der Herrschenden betteln, sondern dem Bestehenden subversive Ideen und Praktiken entgegenzusetzen. Die Herrschaft und Ausbeutung verändern sich, und auch unsere ihnen feindlichen Ideen müssen sich mit der Realität konfrontieren und sie analysieren. Wir wollen nicht einer Utopie des Himmels auf Erden hinterhertrauern. Wir begreifen die Anarchie nicht als einen Zustand den wir in die Zukunft verschieben, sondern als konstante Spannung gegen jegliche Autorität. Wir schaffen Anarchie durch die Organisierung unserer Revolten gegen die bestehende Ordnung. Wir versuchen die revolutionäre Spannung zu erhöhen um zu einem radikalen Bruch zu gelangen, einem Moment in dem das freie Experimentieren mit anderen Formen des Lebens möglich wird.

Wir leben in Zeiten zunehmender Repression, massivem Ausbau von Überwachungstechnologie, Ausbau des polizeilichen Apparates und Vorantreibung der Militarisierung. Das soziale Klima wird immer angespannter. Seit den Anschlägen von Gotteskrieger in Paris befindet sich Europa in ständiger Alarmbereitschaft. Dabei ist schwer zu sagen was beunruhigender ist: Die Drohung des islamistischen Terrors oder die uniformierten Schergen des Staates, die nun bewaffnet mit Sturmgewehren durch die Straßen streifen um die kapitalistische Misere zu schützen. Immer schon gab es verschiedene Ansprüche auf die Herrschaft, verschiedene Ideologien die sich die Macht streitig machen. Für uns als subversive Anarchisten, die nach der Beseitigung jeder Herrschaft streben ist klar, dass all jene die uns vorschreiben wollen wie wir zu leben haben – ob durch diktatorische oder demokratische Methoden – sich unserer Feindschaft sicher sein können. Mit dieser Zeitung wollen wir anarchistische Ideen verbreiten und gegen die vorherrschende Resignation und soziale Befriedung ankämpfen, die droht die Feuer der Freiheit, die in unseren Herzen brennen, zu ersticken.

Bloß brave Mädchen und Jungen?

Der vorliegende Text wurde aus aktuellem Anlass aus der Broschüre "Revolutionäre Solidarität - Schriften für den sozialen Krieg" entnommen, die im Sommer 2008 im Antagonismus-Verlag in Wien erschienen ist. Das ist nun knapp zehn Jahre her, aber viele der Diskussionen sind eben nach wie vor aktuell. Wir möchten mit diesem Text, den wir aus der (umfangreicheren) Broschüre entnommen haben, erneut die Diskussion darüber anstoßen, was Solidarität für uns bedeutet und wie wir in "heiklen" Situationen handeln. Die gesamte Broschüre kann über unsere Mail-Adresse bezogen werden. Dieser Text ist ein Ausschnitt aus einem längeren Text mit dem Titel "Die Tugend des Quälens" von Aldo Perego.

Der moderne legale Apparat ist extrem rational und wissenschaftlich, wenn er seine überlegene "Unparteilichkeit" durch die Anwendung der Prozedur, die die bewilligten Möglichkeiten für die Angeklagten und ihre Verteidigung fast bis auf ein Milligramm abwägt, zur Schau stellt und festigt. Er kann es sich sogar erlauben zu den Individuen skrupellos zu sein, die dazu verpflichtet sind sich zu fügen: er kontrolliert sie, plündert sie komplett, er hat sich die volle Macht über ihre Existenz angeeignet. Allein seine Existenz ist ein Sieg, da er alle dazu zwingt nach seinen Regeln zu spielen, eingeschlossen Menschen wie wir, die ihn anfechten. Nur die unverbesserlichen linken MoralrednerInnen können ein Urteil oder einen Freispruch als einen Sieg oder eine Niederlage von Gerechtigkeit ansehen. Und es ist kein Wunder, dass es dieselben sind, die sich weigern, die Justiz an sich zu kritisieren und die Natur von Demokratie nicht verstehen oder akzeptieren. Für sie liegt die eigentliche Opposition zwischen Diktatur und Demokratie, zwischen Faschismus und Antifaschismus usw. Genau wie sie sich an Wahlen beteiligen oder das Wahlrecht für ImmigrantInnen fordern, rufen sie nach Jurys aus der ArbeiterInnenklasse, anstatt "bourgoise" RichterInnen. Ihre Perspektive ist überhaupt nicht Justiz als solche zu

zerstören, sondern sie zu demokratisieren, wie alles andere auch. Ob nun tragisch oder komisch, die Reproduktion der Charakteristik von Justiz und ihrem Anhang Knast, oft unter den Unterdrückten selber, lässt das effektive Ausmaß des Problems erkennen. Manchmal kann die Pflicht verspürt werden, das Lager des Feindes zu betreten und mit der legalen Sprache zu argumentieren, wenn auch nur um zu "verhandeln"; aber das wird niemals einen Sieg darstellen. Und sowieso ist das eine Aufgabe, die am besten der AnwältIn zu überlassen ist. Eine öffentliche Aktion zum Beispiel, die fähig ist, Zweifel aufkommen zu lassen, mit der Vogelscheuche des glamourösen "legalen" Fehlers winkend und gute Arbeit der AnwältInnen während der Gerichtsverhandlung, kann die Justiz sogar dazu zwingen von ihrem harten Urteil abzusehen. Doch das ändert nicht den Fakt, dass die Justiz sowieso ihren eigenen Regeln entsprechend gehandelt hat, indem sie uns verpflichtet ist zu respektieren. Darüber hinaus ist eine Institution, die fähig ist ihre Fehler zuzugeben, eine Institution, die sich so stärkt. Genauso ist ein Gericht, das frei spricht, gleich dem das verurteilt, noch immer ein Gericht. Es ist schwer sich einen Platz vorzustellen, an dem die Ererbten weniger Macht haben, als in einem Gericht. Ein Ausnahmefall könnte entstehen, wenn von der

sozialen Bewegung Druck auf die Justiz ausgeübt würde. Zum Beispiel, wenn sich eine Menge versammelt, um eine Freilassung zu fordern, sowie eine Polizeistation von hunderten DemonstrantInnen belagert werden kann, um die Freilassung der Verhafteten zu fordern. Aber dieser Druck ist extern. Es ist immer woanders, dass die Kraft der Unterdrückten sich bilden kann.

Die Überzeugung zu entwurzeln, dass der einzige Weg wohlthätige Behandlung durch den legalen Apparat zu erhalten, das Aufzeigen der sozialen Harmlosigkeit der Gefangenen innerhalb dieses legalen Rahmens ist, bleibt trotzdem oft eine anstrengende Aufgabe. Ja, und in der Theorie sind wir alle davon überzeugt, dass die beste Solidarität mit einem Akt der Revolte, eine weitere Revolte ist. Viele sind fähig einer gelungenen Aktion zu applaudieren oder sie zu loben, und es fehlt nicht an GefährtInnen, die bereit sind, diese Maxime in die Praxis umzusetzen und so zu ihrer Verallgemeinerung beizutragen. Jede subversive Handlung geht viel weiter als ihr eigentliches Resultat, im Guten wie im Schlechten. Im Gegenteil dazu kommt niemand auf den Gedanken zu handeln, wenn etwas "falsch läuft" und die AutorInnen des Aktes der Rebellion herausgegriffen oder verhaftet werden. Solidarität konkretisiert sich nicht länger in (unseren) Taten, sondern in der Reaktion auf die Taten anderer, in diesem Fall, die der RichterInnen.

So warten wir lieber ab, hören auf die Ratschläge der AnwältInnen, die Erklärungen der verhafteten GefährtInnen, den Abschluss der Ermittlungen. Wir warten um zu sehen, wie die Dinge laufen, als wenn das, was vorher zählte unsere Sehnsüchte und unsere Versuche sie zu realisieren war, und es jetzt nur noch darum geht unsere Ge-

fährtIn "raus" zu kriegen. Auch wenn wir nicht "neue Märtyrer für die Sache" erschaffen wollen, auch wenn GefährtInnen aus dem Gefängnis rauszuholen eines unserer zweifellos primären Ziele ist, ist es dennoch notwendig die beachteten Mittel zu evaluieren und sich ihrer Struktur und ihren Grenzen bewusst zu sein. Stattdessen sieht es so aus, als wäre es vorteilhafter die gewohnten Kritiken der Justiz zur Seite zu legen. Vergessen sind die Kriegserklärungen an diese Gesellschaft. Sich darauf beschränken "gerecht" zu sein und folglich eine "unschuldige" Person freigesprochen und einen "kranken" Gefährten freigelassen sehen wollen. Oder das, was wir in anderen Umständen als Gesten von Rebellion betrachten würden, für nichts als "kindlichen Schabernack" halten. Aber ist es wirklich das, was wir wollen? An die humanitären Gefühle derer appellieren, die wir verachten?

Im Angesicht der Justiz und der Angst die sie hervorruft, scheint es, als ob wir unfähig wären irgendetwas anderes zu tun, als uns selber und dem, was wir begehren abzuschwören. RebellInnen und RevolutionärInnen solange wir frei sind. Einmal in den Händen des Feindes sind wir nur noch fähig unsere physischen Schmerzen, unsere "Unschuld", die Harmlosigkeit unserer vollbrachten Aktionen aufzuzeigen. Die Macht steckt Subversive und AnarchistInnen in den Knast, weil sie als solche "sozial gefährlich" sind. Ist ihre Darstellung als unschuldige Lämmer alles, wozu wir fähig sind, um sie raus zu kriegen? Sind wir zynisch? Legen wir uns eine Entschuldigung für Aufopferung zurecht? Nichts von alledem! Wir werden einfach nur von einer unangenehmen Frage gequält, die anfängt uns zu beunruhigen: sind wir bloß brave Mädchen und Jungen?

Nach den Ausschreitungen beim G20 Gipfel in Hamburg dürstet es den Staat nach Rache

„Der Staat erlaubt uns allen, unsere Gedanken an den Mann zu bringen, allein nur so lange, als unsere Gedanken seine Gedanken sind, sonst stopft er uns das Maul.“ (Max Stirner)

Eigentlich ist das Spektakel, das der deutsche Staat und vor allem seine VertreterInnen in Zeiten des Wahlkampfes im Bunde mit der Presse nach dem G20 veranstalten, ja an Lächerlichkeit schwer zu überbieten. Denn die Krawalle und Ausschreitungen begleiten seit jeher traditionell die Gipfeltreffen der Herrschenden in Großstädten. Es konnte davon ausgegangen werden, dass in Hamburg ähnliches passieren würde. Das wussten auch die StaatsvertreterInnen und Bullen, die sich monatelang eben genau darauf vorbereiteten und medial auch schon den Teufel an die Wand malten. Und dann oh Schreck ist es tatsächlich passiert, es kam wie zuvor angenommen: Steinwürfe, verletzte Bullen, Brandstiftungen,

Plünderungen, direkte Aktionen. Und dann folgt in den Medien das Gejammer und die Rachegeleüste des Rechtsstaats und die verzerrten Berichte über autonome und anarchistische Bewegungen. Dies könnte man wie gesagt als lächerliche Strategie abtun, wäre es nicht mit der Repression gekoppelt die sich nun auch gegen die Gegeninformationsprojekte der autonomen Bewegung richtet.

Am Freitag den 25.8 wurde die wichtigste Gegeninformationsplattform der autonomen Bewegung linksunten.indymedia.org verboten und im Zusammenhang damit mehrere Wohnungen und das autonome Zentrum KTS in Freiburg von Bullen durchsucht. Seit 2008 ermöglichte diese Plattform die anonyme Veröffentlichung von Berichten von Demonstrationen, Veranstaltungsankündigungen, theoretische Auseinandersetzungen, Namen und Adressen von FaschistInnen, praktischem Wissen im Bezug auf direkte Aktionen und nicht zuletzt auch

von Erklärungen zu Angriffen und direkten Aktionen – was dem Staat natürlich ein Dorn im Auge war. Auch im Vorfeld des G20-Gipfels wurden hier sehr viele Beiträge veröffentlicht, auch die Anschlagserklärungen im Zusammenhang mit der militanten Kampagne die sich bereits im Vorfeld mit zerstörerischen direkten Aktionen gegen den Gipfel richteten. Daher ist wenig überraschend das der Staat den Moment nutzt um Inhalte zu beseitigen, die ihm feindlich gegenüberstehen. Doch bekanntlicherweise lassen sich Ideen und die daraus folgende Praxis zwar kriminalisieren, wo ein Wille vorhanden ist, wird sich jedoch immer ein Weg finden. Und selbst wenn linksunten.indymedia.org, damit Geschichte ist, wovon nicht auszugehen ist, gibt es noch eine Reihe anderer Gegeninformationsplattformen im Internet.

chronik.blackblogs.org
contrainfo.espiv.net
actforfree.nostate.net



Was wurde eigentlich aus...

...dem "Kampf" zwischen Hofer und Van der Bellen? Und was ist seitdem passiert?

Ja ich weiß, es ist abgedroschen. Aber im Herbst stehen wieder einmal Wahlen an in Österreich. Letztes Jahr gab es enorme Diskussionen - vor allem auch in der Linken - darüber, ob man nun wählen gehen solle oder nicht, um einen Rechtsruck in Österreich zu verhindern. Die meisten haben es wohl getan und sich für VdB entschieden, der Rechtsruck wurde also anscheinend "verhindert", denn VdB hat gewonnen. Aber was seitdem alles in diesem Land geschehen ist, hat unabhängig von Wahlergebnissen ziemlich viel mit "Rechtsruck" und "autoritärer Zuspitzung der Gesellschaft" zu tun. Ob dies nun die Kürzungen im Bereich der Mindestsicherung, das neue Siche-reheitspolizeigesetz, die Überwachungsphantasien eines Sobotkas oder Brandstetters sind oder die weitere Kriminalisierung von sogenannten "staatsfeindlichen Bewegungen", all das ist ein Angriff auf sowohl Lebensformen als auch krit-

ische Gruppen und Individuen - und eben auf die "kleinen Leute". Und dies alles wurde nicht von einem Norbert Hofer umgesetzt, sondern von der Politik im Allgemeinen. All diese Verschärfungen geschehen nicht zufällig in diesem Moment, wo in ganz Europa die Schraube der Repression angezogen wird - so eben auch hier in Österreich. Wir befinden uns im Krieg, allerdings wurde die Kriegserklärung nicht von einer sozialen Bewegung von unten sondern von den Herrschenden von oben ausgesprochen. Dieser Krieg richtet sich gegen alle, die nicht ins kapitalistische Schema der Ausbeutung passen (wollen) und andere Pläne für ihre Leben haben. Und die Intensität dieses Krieges wird nicht in erster Linie davon abhängen, ob nun ein grüner, blauer, schwarzer, gelber oder pinker Politiker am Drücker sitzt oder ein anderer. Viel eher hängt es davon ab, was wir alle dem entgegensetzen werden...

Bedenkt das bei der anstehenden Wahl im Herbst. Auf die Straße, nicht ins Wahllokal!

Woche der Solidarität mit Gefangenen

Seit 2013 findet alljährlich die internationale Solidaritätswoche für anarchistische Gefangene vom 23. - 30. August statt. Der 23.8. wurde als Beginn gewählt, weil an diesem Tag im Jahre 1927 die italienisch-amerikanischen Anarchisten Sacco und Vanzetti im Knast hingerichtet wurden. Sie wurden für einen bewaffneten Raubüberfall in einer Fabrik in Massachusetts verurteilt, für den es keine Beweise seitens des Staates gegen die Beiden gab, sie wurden vielmehr aufgrund ihrer anarchistischen Überzeugung exekutiert.

Auch heute sitzen Anarchist*innen hinter Gittern, weil sie gegen Unterdrückung und Ausbeutung kämpfen und weil sie Feinde des Staates und der Autorität sind. Unsere Solidarität mit den Kämpfern Anderer beschränkt sich freilich nicht auf eine bestimmte Woche im Jahr, jedoch ist die Idee dieser Solidaritätswoche konzentrierte Aktionen in Solidarität mit den Gefangenen zu schaffen.

So wurden auf der ganzen Welt Veranstaltungen und Diskussionen

organisiert, Transparente aufgehängt, Flugblätter verteilt, Wände besprüht und vieles mehr.

Auch in Österreich fand in Wien am 24.8. eine Infoveranstaltung zu drei anarchistischen Gefangenen statt, es wurden Briefe an Gefangene geschrieben und es gibt eine Sendung des anarchistischen Radios zu diesem Thema (zu finden auf:

a-radio.net). In Graz und Wien wurden Banner aufgehängt und auch aus den Bergen kamen Soli-Grüße.

Repression hat viele Gesichter, die weit über die offensichtlichsten wie Polizei, Gerichte, Knäste, usw. hinausgehen. Solidarität allerdings auch...

Mehr Infos:
www.solidarity.international



(Bild: Grüße der Solidarität nach einer Informationsveranstaltung in Wien)

Graz: Eine neue Phase im Kampf gegen das Murkraftwerk

1. Oktober Rodungsbeginn an der Mur

Dieser Text wurde uns aus Graz zugeschickt:

Seit Anfang des Jahres ist der Kampf gegen das Grazer Murkraftwerk unübersehbar. Baum- und Baggerbesetzungen, Camperrichtungen und direkte Aktionen am Flussufer stellen sich dem Prestige-projekt entgegen. Es ist eine Diskussion rund um vermeintliche "grüne Energie". Tausende Bäume wurden bereits gefällt. Tausende weitere sollen im Herbst folgen...

Der Bau des Murkraftwerks und des dazugehörigen Zentralen Speicherkanales verändern das Stadtbild drastisch. Bisher war die Innenstadt geprägt von verwilderten Ufern, an denen tausende Bäume einen uneinsichtigen Rückzugsraum für unterschiedliche Gruppen der Stadt schaffen: Leute, die joggen oder spazieren gehen, Tiere, Jugendliche, die abhängen. Sie alle sollen der Umstrukturierung weichen, damit die Bedürfnisse der zahlungskräftigen Mittelschicht erfüllt werden.

Eines dieser Vorhaben ist beispielsweise das Bauprojekt "Timber in Town" der Firmen Hohensinn Architektur und Kovac Immobilien unter Mithilfe der TU Graz. Neue, teure Wohnungen und schicke Arbeitsplätze sollen dort entstehen, wo seit Jahrzehnten Menschen mit geringem Einkommen in kleinen Häuschen wohnen - am Grünanger, der als "sozialer Brennpunkt" gilt.

Diese Umstrukturierung passiert

auf gewalttätige Weise. Nicht nur werden Menschen mit den üblichen ökonomischen Logiken verdrängt. Es wird physisch geschlagen und umgegraben - ein Ökosystem vernichtet. Und seit Monaten sind Menschen, die sich gegen die Bauprojekte richten, physischer Gewalt ausgesetzt. Hauptakteur ist dabei die vom Bauträger Energie Steiermark beauftragte Firma KLS Security, die gerne ehemalige Polizist*innen anheuert. Die Polizei schaut dann im richtigen Moment weg, wenn ihre Ex-Kolleg*innen bei den Aktivist*innen aufräumen wollen.

So wurden beispielweise am 27. Februar Aktivist*innen bei einer Baggerbesetzung kopfüber von den Baggern gezerrt und an den Haaren heruntergerissen. Außerdem versuchen die Security-Mitarbeiter*innen Aktivist*innen psychologisch anzugreifen indem sie sie nächtens bis nach Hause verfolgen.

Dieses Vorgehen versucht nicht nur auf repressive Weise die gewaltvollen territorialen Ansprüche eines Wirtschaftsstandortes durchzusetzen. Auch die Zusammenarbeit der Autoritäten wird erprobt und gemäß ihren Interessen enger miteinander verknüpft, denn KLS und Polizei haben auch bei der illegalen Räumung des Zweiten Murcamps am 3. Juli zusammen gearbeitet. Das Camp war auf öffentlichem Boden und eine legale Kundgebung. Die Grazer Polizei beweist auch hier, dass sie die sogenannte

Rechtslage kreativ auslebt. Es wurde eine Maßnahmenbeschwerde gegen die Räumung eingereicht, bei der illegale Videoaufzeichnungen durchgeführt wurden, sowie Infrastruktur des Camps von der Polizei zerstört oder geklaut wurde.

Dass das rechtsstaatliche Vorgehen beim Kampf gegen das Murkraftwerk an seine Grenzen gestoßen ist, zeigt sich nicht nur wenn wir beobachten, wie die Polizei mit Willkür und die Securities mit physischer Gewalt durchkommen. Widerstand und gegenläufige Meinungen werden im liberalen System nur so lange geduldet, wie sie keinerlei ernsthafte Gefahr darstellen. Manifestiert sich der Protest zu stark, wird er mit Gewalt unterbunden.

Das Ende des legalistischen Kampfes

Der Befriedungsversuch seitens der Energie Steiermark mit eigens eingerichtetem Dialogbüro um über das Murkraftwerk zu sprechen oder auch die vielen Sponsoringverträge mit Kulturfestivals wie "steirischer herbst" und "LaStrada" sind billige Versuche von selbsternannten PR-Genies wie Urs Harnik, um die Bevölkerung in einen demokratischen Aushandlungsprozess zu wiegen. Die vorgegaukelte Dialogbereitschaft soll auch hier als Mittel dienen, um den Widerstand in geregelte Bahnen zu leiten und ihn gemäß der üblichen politischen Vor-

gehensweise zu managen. Jüngster Tiefpunkt jener Aktivist*innen, die an diese Form der Gesprächsbereitschaft glauben, ist ein weiterer Appell an die Autoritäten, sie mögen das Kraftwerk verhindern; ein Brief an den Papst in Rom, er möge sich der Sache annehmen. Nachdem alle staatlichen Institutionen ihre Unterstützung abgelehnt haben, werden nun kirchliche Institutionen angefleht. Auch wenn die Arbeit der legalistischen Gruppen gegen das Kraftwerk wichtig ist, wenn es um Informationsbeschaffung und -weitergabe geht, sehen wir hier, dass dieser Teil des Widerstands am Ende ist. Die Illusion vom gemeinsamen pluralistischen Kampf, der auf allen Ebenen versucht den Bau aufzuhalten, ist gescheitert.

Eine neue Phase des Kampfes

Die erste intensive Protestphase startete mit dem Baubeginn am 6. Februar und für die Investor*innen und die Politik hieß das Baustopps und Aktionen, um auf die ökologischen und kapitalistischen Trugschlüsse hinzuweisen. Auch wurde eingefordert, die nationalsozialistische Vergangenheit der Stadt aufzuarbeiten. Denn das Arbeitslager Liebenau, durch das ein Todesmarsch getrieben wurde, befand sich auf dem Baugrund. Nun steht im Herbst die zweite Rodungsaison an, womit eine neue Phase des Kampfes beginnt. Das dritte Protest-Camp am West-



ufer der Mur (Höhe Schlachthof) wird ein zentraler Ort des Widerstands sein. Ab 1. Oktober treffen sich dort handlungsorientierte Individuen und Gruppen für Aktionsvorbereitungen und Workshoptage. Der 1. Oktober ist gleichzeitig der frühestmögliche Termin für den Rodungsbeginn.

Die Bau- und Workshoptage sind dafür gedacht die Infrastruktur des Widerstands auszubauen und in Diskussionen neue Aktionsformen durchzudenken um sie vor Ort umzusetzen. Sie sind einerseits der Versuch, internationale Unterstützung nach Graz zu bringen, um den Bau zu verhindern. Andererseits geht es um viel mehr. Denn im gemeinsamen Kampf können wir neue Methoden des Widerstands entwickeln und unsere Beziehungen intensivieren.

Sollte es Leute geben, die es nicht nach Graz schaffen, so dürfen wir darauf hinweisen, dass beteiligte Firmen und Institutionen überall anzutreffen sind: z.B die Baufirma Porr (Auftraggeber und -nehmer zugleich) und der beteiligte Verbund. Jene, die in Graz gegen das Kraftwerk kämpfen, freuen sich bestimmt darüber, wenn Solidarität in Form von Aktionen zum Ausdruck gebracht wird.

Die Grenze verläuft nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen Oben und Unten!

Es ist höchst erstaunlich, wie in dieser Gesellschaft Feindbilder produziert werden. Ob das nun "Flüchtlinge", "Sozialschmarotzer", "Sandler" oder was auch immer sind - sie alle haben etwas gemeinsam: das Andere. Diese Gesellschaft funktioniert im Wesentlichen so, dass ein allgemeines "Wir" produziert wird, das exklusiv sein muss, um bestehen zu können. Mit anderen Worten: Es gibt "Uns" und die "Anderen" und diese Anderen müssen sich natürlich von Uns abheben. Abgesehen davon, dass diese Unterscheidung in den meisten Fällen gar nicht so leicht vorzunehmen ist, wie es immer dargestellt wird, ist es natürlich auch ein riesengroßer Blödsinn. Denn dieses "Wir", das oftmals als österreichische oder allgemeiner als kulturelle Identität bezeichnet wird, gibt es nicht. Österreich und speziell Wien war historisch betrachtet immer ein Schmelztiegel von Leuten unterschiedlichster Nationalitäten und "Kulturen", was sicher auch daran liegt, dass Wien die Hauptstadt der sog. Donaumonarchie war. Sprachlich, kulturell und gastronomisch ist es einfach ein Misch-Masch aus unterschiedlichsten Regionen Europas. Eine österreichische Identität kann es nicht geben und wenn dann nur, um über andere Konflikte hinwegzutäuschen.

Denn die großen Unterschiede in dieser Gesellschaft sind nach wie vor weniger ethnische Zugehörig-

keiten oder Ähnliches, als viel mehr die unterschiedliche Stellung der Einzelnen in der Klassengesellschaft. Die Sandlerin, die keinen festen Wohnsitz und kaum Kohle hat, hat nichts mit dem wohlhabenden Osi gemeinsam, der im Sommer 3 Monate auf Segeltour fährt - außer dem selben Pass. Wohingegen sie vermutlich mehr geteilte Lebensrealität mit Geflüchteten aus Syrien aufweisen kann, die sich aufgrund fehlender Arbeitserlaubnis und Perspektiven ebenfalls irgendwie durchschlagen müssen und mit Repression konfrontiert sind.

Was hat ein Mensch, der 40 Stunden die Woche arbeiten gehen muss, um sich sein Leben zu finanzieren, mit dem Chef einer österreichischen Firma gemeinsam, der seine ArbeiterInnen ausbeutet und damit fette Profite einstreicht? All diese "Identitäten" von wegen Wir und die Anderen werden bewusst durch Medien und Politik konstruiert, um die Klassegegensätze unsichtbar(er) zu machen und die Leute auf den Holzweg zu führen. Denn mit solchen Feindbildern ist es ein Leichtes, weiter dem gewohnten Leben (der Ausbeutung) nachzugehen und immer irgendwen anderes für die eigene Misere verantwortlich zu machen (Flüchtlinge, Arbeitslose, MigrantInnen, ...) anstatt die Wut gegen jene zu richten, die von unserer Misere profitieren und diese sogar

bewusst schüren. Getreu dem alten Prinzip wird nach unten getreten und nach oben gebuckelt - Goschn halt'n und parieren vorm Chef, der Polizei, den Gerichten, ...! Die Klassengesellschaft hat ihr Antlitz verändert, das ist richtig. Und oftmals sind die Gegensätze nicht mehr so leicht auszumachen, als noch vor einigen Jahrzehnten. Dazu empfehle ich die (etwas) längere Analyse dazu mit dem Titel "Das Ende der Klassengesellschaft?" in der Mai-2017-Ausgabe der REVOLTE (zu finden auf unserem Blog!).

Allerdings gibt es natürlich trotzdem die Akteure, die verantwortlich sind für das was geschieht und die daher auch angreifbar sind. Dein Chef hat durchaus gegensätzliche Interessen als du sie hast - es kann nur zum Konflikt zwischen euch kommen. Der Bulle schützt nicht meine Ordnung und meine Sicherheit, sondern die Ordnung und die Sicherheit der Herrschenden und die kapitalistische Ausbeutung - das ist nicht in meinem Interesse! Diejenigen, die die Umwelt aufgrund ihrer Profitgier mit immer absurderen Bauprojekten und Verschmutzungen ruinieren, ruinieren damit auch deine Lebensgrundlage - das kann wohl nicht in deinem Interesse sein! Tragen wir unsere Wut lieber nach oben anstatt nach unten und heizen den ganzen "Autoritäten" ordentlich ein!

Vordernberg: Mit dem Stuhlbein auf die Fresse

Im Anhaltezentrum Vordernberg wurden am 21. August mehrere Bullen von Häftlingen angegriffen. Nachdem ein Häftling aus Nigeria der in Vordernberg auf seine Abschiebung wartet die Herausgabe seiner ID-Karte verweigerte, holten die Securities die Polizei zur Unterstützung. Womit diese aber nicht rechneten, war, dass sich 3 weitere Gefangene mit ihrem Mithäftling solidarisierten und die Bullen ordentlich auf die Fresse bekamen. Erst mit Schlägen und Tritten, dann bewaffneten sie sich mit abgebrochenen Stuhlbeinen. Mit Hilfe von Pfefferspray und einer Überzahl von Beamten konnten die Bullen schließlich die Auseinandersetzung für sich entscheiden. Die Häftlinge befinden sich in Sicherheitsverwahrung im Anhaltezentrum in Vordernberg. Fünf Bullen wurden bei der Action

verletzt. Einer hatte einen Bänderriss, die anderen Verletzungen an Augen und Ohren. Vordernberg ist der erste Knast in Österreich, der zum Teil von Security-Personal der G4S-Gruppe betrieben wird. Seit der Eröffnung 2014 kam es immer wieder zu Ausbrüchen und kleineren Auseinandersetzungen zwischen Gefangenen und dem Bewachungspersonal. Außerdem wurden sowohl die Büroäumlichkeiten, als auch Veranstaltungen der SUE Architekten, die für die Planung des Knastes verantwortlich sind, in den letzten Jahren angegriffen. Die Eröffnungsfeierlichkeiten im Jahr 2014 wurden gestört.

Der Widerstand gegen die Knastgesellschaft muss vielfältig sein! Drinnen und Draußen gegen alle Formen der Kontrolle und Autorität!



(Bild: Widerstand bei der Eröffnung des "Anhaltezentrum" in Vordernberg im Jahr 2014. Damals wurden auch einige Leute von der Polizei aufgeschrien und bekamen im Nachhinein Verwaltungsstrafen. Während der Eröffnung wurden die Knastmauern beschmiert, Böller gezündet und lautstarke Parolen gerufen.)